

Griechenland – im Würgegriff von EU und Banken

Dem griechischen Staat droht angeblich der Bankrott. Herausgefunden haben das die sogenannten Rating-Agenturen. Das sind die Gremien, die vor der weltweiten Finanzkrise wertlose Schrottpapiere als „erstklassig“ zertifiziert hatten. Der billiardenschwere Handel mit diesen „Wertpapieren“ hat den Zusammenbruch der Finanzmärkte und damit die aktuelle Weltwirtschaftskrise ausgelöst. Die gleichen privaten Agenturen, die mit ihren Einstufungen sehr gut verdienen, aber keinerlei Risiko eingehen, haben jetzt die Kreditwürdigkeit Griechenlands herabgestuft und damit die Zinsen, die dieses Land für internationale Kredite zahlen muß, drastisch erhöht. Für die Banken ist das ein gutes Geschäft. Das verliehene Geld bekommen sie bei den jeweiligen Zentralbanken praktisch zum Nulltarif, ihre Gläubiger müssen hohe Zinsen bezahlen. Das ist fast noch besser als die Lizenz zum Gelddrucken. Wie ist Griechenland in die jetzige Krise geraten? Ursache ist vor allem die Tatsache, daß nach Einführung des Euro keine eigene Währungspolitik mehr möglich ist. Wirtschaftliche Ungleichgewichte zwischen Staaten werden mit der Änderung der Um-

tauschkurse geregelt (Auf- und Abwertungen), bei einer Einheitswährung geht das nicht mehr. Vor allem Deutschland hat mit seiner Lohndrückerei und Exportoffensive alle schwächeren Euro-Länder an die Wand gedrückt. Die Lohnstückkosten sind in Deutschland seit 10 Jahren nicht mehr gestiegen, in anderen Ländern um etwa 2% jährlich. Die riesigen Exportüberschüsse Deutschlands müssen anderswo als Defizit auftauchen, das nur durch im Ausland geliehenes Geld bezahlt werden kann. Deswegen ist Griechenland wie andere wirtschaftlich schwache Länder vor allem bei ausländischen Banken hoch verschuldet und diesen ausgeliefert. (Im Gegensatz dazu ist Deutschland vor allem bei hiesigen Banken und eigenen reichen Bürgern verschuldet). Die EU nimmt die Herabstufung Griechenlands durch die fragwürdigen Rating-Agenturen nicht etwa zum Anlaß, diesem Mitgliedsland beizustehen, sondern übt heftigen Druck aus. Das Land soll seinen Haushalt in den Griff bekommen und massiv sparen. Die Bevölkerung soll verarmt werden. Die Wirtschaft würde dadurch natürlich immer weiter in den Keller geraten – es ist so, als sollte ein Blutarmer statt

"Fragen an die Birthler-Behörde"

Frage: Die Gleichmacherei in der DDR war doch auch an der Höhe der Löhne ablesbar?

Antwort: Im Prinzip ja, immerhin verdienten die am Höchstbezahlten nur sechsmal so viel wie Hilfsarbeiter. In der freien Marktwirtschaft jedoch kommen die Spitzenverdiener auf das 275fache (ohne Boni etc versteht sich).

mit einer Transfusion mit Aderlässen geheilt werden. Die dortige Bevölkerung ist allerdings Kämpfe gewohnt und läßt sich nicht alles gefallen. Sie reagiert mit heftigen Protesten und Streiks bis zum Generalstreik. Ihre Lage ist nicht aussichtslos, denn es gibt natürlich bessere Möglichkeiten als das Kaputtsparen. Ein Zinsmoratorium (Aussetzen der Zinszahlungen – die Banken bekommen das Geld ja auch fast umsonst) würde den Staatshaushalt spürbar entlasten. Und auch in Griechenland gibt es Multimillionäre, die mit Notsteuern und einer Zwangsanleihe zur Kasse gebeten werden könnten. Das steht zwar im Gegensatz zu den Zielen der EU – der Kampf könnte sich aber lohnen.

Gernot Linhart

Gießen hat's ja

Alle Kommunen, auch die von der CDU geführten wie Frankfurt am Main, fordern einen finanziellen Rettungsschirm, weil ihnen das Wasser bis zum Hals steht. Gott sei Dank sind wir Gießener aus anderem Holz geschnitzt. Da haben wir mit der Wieseckau einen Volkspark für Erholungssuchende, Studenten, Alte und Behinderte und manche nennen die Aue gar unseren Hyde-Park, bekanntlich Londons volkstümliches Erholungsgebiet. Aber wenn man nicht weiß, wohin mit dem Geld, wird man übermütig. Dann erfährt man aus Bingen, dass dort die Landesgartenschau eine Eisenbahnbrache und einen heruntergekommen Industriehafen verschönert hat, und da will man so etwas natürlich auch. Dass die Wieseckau keine Brache und keine Industriearbeit ist, stört nicht. Und so sollen hier breite lichte Wege, Freitreppen, Restaurants, Kioske und ein Bootsverleih entstehen. Solcher Proletenkram wie der Nordstadt-Sportverein Blau-Weiß muss natürlich weichen und andere komische Vögel (Biologen sagen „seltene“ Vogelarten) haben da auch nichts zu suchen. Die neue Oberbürgermeisterin weiß, dass die „grüne“ Bürgermeisterin das alles mit „Ziel und Maß“ machen wird. Diese hat es ja versprochen: „Alles wird sowieso ökologisch verträglich gemacht.“ Na dann, wer wird da noch Böses denken? Allerdings haben Gießens Stadtbere auch schon vor der Verödung des Philosophenwaldes gesagt, alles werde im Einvernehmen mit den Bürgern geschehen. Diese Worte waren nicht verklungen, da rückten die Maschinen zum Holzfällen und Planierarbeiten an. Da wundern sich die Politiker angeblich über Politikverdrossenheit der Bürger, wenn diese selbst in solchen kommunalen Fragen glattweg überfahren werden. Und die Gelder des Landes Hessen? Ab 2011 gilt für die öffentlichen Haushalte die sogenannte Schuldenbremse. Diese wird natürlich nicht eingehalten werden. Aber zur Abwehr kommunaler Ansprüche ist sie gut. Na, Gießen hat's ja. Fiete Krümel



Liebe Leserinnen und Leser, wir bitten um Überweisung der Abo-Gebühren für 2010 - und um Spenden.

Gießener Echo

Konto Nr. 193070, BLZ 51350025, Sparkasse Gießen
Jeder Euro ist willkommen

(Fortsetzung von Seite 1)

Blau-Weiß

Die zuständige (Grüne) Bürgermeisterin Weigel-Greulich kämpft verbissen für ihr Prestigeobjekt, das in erster Linie ein Riesengeschäft (Gastronomie, Blumenverkauf, Andenken u.ä.) für einige wenige ist, notfalls mit Argumenten wie „Natura 2000 Gebiet“, „Überschwemmungsgebiet“, „Schilfgürtel“ - Hauptsache (ein bißchen) grün/bunt und kein Vereinssport.



Das vor einem Jahr durch einen Brand teilweise zerstörte Vereinsheim, dessen Wiederherstellung OB Haumann vollmundig versprochen hatte, ist noch immer nicht renoviert.

Mittlerweile gibt es Signale aus der Politik; es soll ernsthaft an einer akzeptablen Alternative gearbeitet werden. So wird demnächst eine Arbeitsgruppe mit OB Grabe-Bolz, T. Erben (Sportamt), W. Müller (Sportkreis) und Blau-Weiß-Vertretern nach einer gemeinsamen Lösung suchen.

Die DKP versichert Blau-Weiß ihre Solidarität und unterstützt den Verein für seinen Verbleib an der Ringallee – vor, während und nach der Landesgartenschau. Michael Beltz

Auch die Linke-Fraktion hat am 22.2. in einem Gespräch mit Vertretern des Vereins ihre Solidarität und Unterstützung zugesagt.

Gaspreise: Stadtwerke schlagen wieder zu

Wieder unangenehme Post für Kunden der Stadtwerke: Die Gaspreise gehen nach oben. Fast 20% mehr sollen die Bezieher von Erdgas ab 1. April bezahlen. Begründung ist wie immer der gestiegene Ölpreis. Es ist immer wieder das gleiche Spiel: Wenn Rohstoffspekulanten den Ölpreis nach oben treiben, gehen sehr schnell und in voller Höhe die Gaspreise ebenfalls nach oben - wenn der Ölpreis wieder sinkt, folgen die Gaspreise erst sehr spät und nie in vollem

Wer will restaurierte Nazi-"Kunst"?



In Gießen soll - nach dem Greif-Denkmal - ein weiteres Nazi-Monument noch in diesem Jahr renoviert werden. Es handelt sich um das martialische Relief von Soldaten und Bauern an der Bergkaserne (also im Besitz des Bundes), das 1938 von Carl Bourcarde gestaltet wurde. - Bereits vor 10 Jahren hat die Gießener „Kultur-Offensive gegen den Krieg“ gefordert, daß „die Stadt an dieser Stelle eine Tafel anbringen läßt, die das ‚Kulturdenkmal‘ kritisch kommentiert und eine Verwechslung mit einem Reklame-Aushän-

geschild für die Bundeswehr ausschließt.“ Davon ist jedoch heute keine Rede. Während die Kunsthistorikerin Klein zu wissen glaubt, dies sei keine Nazi-Kunst, und der Künstler auch kein Nazi gewesen (nur, weil er später auch den Gedenkstein der ehemaligen Synagoge vor der Kongreßhalle entworfen hat?), sieht das Landesamt für Denkmalpflege eine „ideologisierte und instrumentalisierte Kunstauffassung der NS-Zeit“. - Und die soll - kommentarlos - reproduziert werden?



OB gibt falsche Antwort

Auf eine Anfrage des Stadtverordneten Michael Beltz/DKP bezüglich Malerarbeiten im Nordstadtzentrum, die als sogenannte 1,-Euro-Jobs durchgeführt wurden, antwortete die Oberbürgermeisterin, daß hier ein Raum für die Sozialberatung der Beratungsstelle AKTINO hergerichtet worden sei. Auftraggeber sei der Nordstadtverein, der Mieter der Räume ist. Durchgeführt worden wären diese Arbeiten von der IJB. Tatsächlich wird jedoch der Raum, der am 20.01.02 hergerichtet wurde, als Büro der inzwischen eingestellten Stadtteilmanagerin genutzt, die Sozialberatung des Sozialarbeiters findet in einem anderen Raum statt. Unbeantwortet blieb dabei die Frage, ob es sich um zusätzliche Arbeiten handelt, wie es für sogenannte Arbeitsgelegenheiten Vorschrift ist. Die DKP Gießen stellt dazu fest, hier wurden dringend notwendige Malerarbeiten ausgeführt, die nicht zusätzlich waren und daher von regulären Firmen und deren Beschäftigten hätten erledigt werden müssen, und dies wohl auch in zwei Büros. K.S.

Umfang. Für die Gashändler, die Energiekonzerne bis zu den kleineren Verteilern wie den Stadtwerken, ist das ein tolles Geschäft, und natürlich auch für die Staatskasse, die mit der Mehrwertsteuer beteiligt ist. Aber wie sollen die Kunden das bezahlen, bei stagnierenden oder sinkenden Einkommen? Die Grundversorgung mit Energie darf nicht der Profitgier kapitalistischer Unternehmen überlassen werden, sondern gehört unter demokratische Kontrolle! G.L.



Solidarität mit den Beschäftigten im öffentlichen Dienst...

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die DKP Gießen erklärt sich solidarisch mit Euch und Eurer berechtigten Forderung nach Lohnerhöhungen um fünf Prozent.

Wenn Bund und Kommunen auf ihre leeren Kassen verweisen, dann ist dies Folge einer Politik zu Gunsten der Unternehmer. Für die Banken und für Steuer geschenke an die Reichen und die Hoteliers ist genug Geld da, aber wenn es um eine vernünftige Bezahlung der Beschäftigten im öffentlichen Dienst geht, dann halten Staat und Kommunen die Taschen zu. - In diesem Land ist genügend Geld da, um Eure berechtigten Lohnforderungen mehr als zu erfüllen. So ist in Deutschland das private Geldvermögen im abgelaufenen Jahr 2009 auf die Rekordsumme von 4,64 Billionen Euro (4.640.000.000.000 Euro) angewachsen. Allein im Krisenjahr 2009 konnten die Geldvermögenden 200 Milliarden Euro (entspricht zwei Drittel des Bundeshaushalts) zusätzlich scheffeln. Diese Geldvermögen müssen durch eine wirksame Vermögenssteuer kräftig abgeschöpft werden; damit stünden ausreichend Mittel sowohl für eine angemessene Bezahlung der Beschäftigten im öffentlichen Dienst als auch für wichtige soziale Maßnahmen zur Verfügung. Dies aber lehnte die Große Koalition und die jetzige Regierung kategorisch ab.

Wir wünschen Euch in Eurem notwendigen und berechtigten Arbeitskampf, den wir nach unseren Kräften unterstützen, Erfolg und Durchhaltevermögen und verbleiben mit solidarischen Grüßen

Erika Beltz

...für die Katz'?

Diese Erklärung haben wir geschrieben, nachdem auch in Gießen die Beschäftigten im öffentlichen Dienst - vor allem auch die Busfahrer - streikten. Inzwischen hat verdi ohne Not und ohne diese Kampfbereitschaft in die Waagschale zu werfen, erst die Tarifforderung freiwillig um 1,5% reduziert und dann den Schlichterspruch mit einem Gesamtvolumen von 2,3% und einer Laufzeit von mehr als zwei Jahren akzeptiert. Schon lange hatte ein Abschluß so wenig mit der ursprünglichen Forderung zu tun wie dieser.

Und die IG-Metall bestreitet eine Tarifrunde ganz ohne Lohnforderung, um eine „Beschäftigungsgarantie“ auszuhandeln, die, wenn's Spitz auf Knopf kommt, nicht mehr das Papier wert sein wird. - Armes Deutschland.

Hartz IV ist verfassungswidrig

Regelleistungen nach SGB II („Hartz IV-Gesetz“) nicht verfassungsgemäß. So lautet die Pressemitteilung des Bundesverfassungsgerichts vom 9. 2.; sie verstoßen gegen Artikel 1 des Grundgesetzes „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ (s. Kasten). Sowohl die Festlegung der Regelsätze für Kinder als auch die für Erwachsene sind nicht verfassungsgemäß ausreichend bemessen; der Bedarf für Kinder ist nicht richtig ermittelt.

Auch das ist verfassungswidrig
Artikel 12 (1) lautet: „Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz... frei zu wählen...“; und 12 (2): „Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden.“ Alle 1-Euro-Jobs sind damit verfassungswidrig! Wenn jemand bei Weigerung, solche Arbeiten zu verrichten bis zu drei Monaten überhaupt kein Geld bekommt, dann muß das als Zwangsarbeit bezeichnet werden – und auch die ist verboten.

Es muß neu berechnet werden
Mit diesem Urteil wird sich nun die Bundesregierung auseinandersetzen und die Regelsätze neu festlegen müssen, wobei Karlsruhe auch festgestellt hat, daß die Leistungen „nicht evident unzureichend“ seien. Es steht zu befürchten, daß Merkel/Westerwelle die verordnete Armut mit neuen Berechnungsgrundlagen festschreiben werden. Verbunden mit einer unsäglichen Hetze verschenkt die FDP Milliarden Steuern an die Reichen während sie den Millionen Armen nicht die Butter auf dem Brot gönnt.



Der Erste Senat des Bundesverfassungsgerichts hat entschieden, dass die Vorschriften des SGB II, die die Regelleistung für Erwachsene und Kinder betreffen, nicht den verfassungsrechtlichen Anspruch auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums aus Art. 1 Abs. 1 GG in Verbindung mit Art. 20 Abs. 1 GG erfüllen. Das Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums aus Art. 1 Abs. 1 GG in Verbindung mit dem Sozialstaatsprinzip des Art. 20 Abs. 1 GG sichert jedem Hilfebedürftigen diejenigen materiellen Voraussetzungen zu, die für seine physische Existenz und für ein Mindestmaß an Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben unerlässlich sind.

Nicht Hartz IV ist zu hoch, sondern der Lohn zu niedrig!

Natürlich ist es ein Skandal, daß viele, die einem - oder mehreren - Full-Time-Jobs nachgehen, im Monat kaum mehr haben als ein Hartz-IV-Empfänger. Das heißt jedoch nicht, daß es den Ärmsten zu gut ginge, sondern daß die Löhne zu niedrig sind! So niedrig, daß mehr als 1 Million Erwerbstätige zusätzlich Hartz IV beantragen müssen.

Nach offiziellen Zahlen (basierend auf 2008, also heute noch mehr) sind in der BRD 11,5 Millionen Menschen arm, jeder 4. junge Mensch zwischen 19 bis 25 Jahren ist arm; gleichzeitig ist das private Geldvermögen auf die unvorstellbare Summe von inzwischen 4,64 Billionen Euro angewachsen. Ein Staat, der eine solche Schande zuläßt, sollte sich nicht als „sozialen Rechts-Staat“ sondern ehrlicher Weise als „asozialen Unrechts-Staat“ bezeichnen.

500 - 30 - 10

Die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe muß rückgängig gemacht werden - dann ist auch die erneute Grundgesetzänderung überflüssig. Arbeitslosengeld für die Dauer der Erwerbslosigkeit und 10 Euro Mindestlohn, Einführung der 30-Stunden-Woche (bei vollem Lohnausgleich) und als Sofortmaßnahme 500 Euro Eck-Regelsatz. Wir bleiben dabei! Hartz IV muß weg! Erika Beltz

Das Kapital präsentiert die Rechnung

Wir wissen es: Nach den Wahlen heißt es zahlen. Nach den Wahlen in Nordrhein-Westfalen werden wir es noch deutlicher zu spüren bekommen. Nehmen wir die Zeitung eines einzigen Tages, hier den Gießener Anzeiger vom 20. Februar dieses Jahres. „FDP will Hartz-IV kürzen.“ „Städtetag fordert Hilfe“, einen „kommunalen Rettungsschirm“, denn die Städte und Gemeinden „stehen vor dem Kollaps“. Das heißt für die Bürger höhere Abgaben und Gebühren. Versteckt im Bericht über einen „Rhein-Main-Zukunftskongress Krankenhaus“ heißt es: „Die 450 Kongressteilnehmer hörten besonders aufmerksam dem als Gast auftretenden hessischen Sozialminister Jürgen Banzer zu, der den Beginn einer Debatte über höhere Eigenfinanzierungsbeiträge der Patienten ankündigte.“ Das ist es, was die Regierenden mit verteilten Rollen in Szene setzen: Die Gewöhnung an Sozialabbau und die weiteren Schritte in diese Richtung. So sind

die acht Euro Erhöhung des Krankenkassenbeitrags ein Schritt zum Einstieg in die Kopfpauschale. Nun, Wahlen hin, Wahlen her, die Wahrheit ist, dass unabhängig davon das kapitalistische Gesellschaftssystem zunehmend Armut, Arbeitslosigkeit und Bildungsnotstand produziert. Da muss die Maske nun fallen, man kann das System nicht mehr als „sozialen Wohlfahrtsstaat“ und auch nicht mehr als gemütlichen „rheinischen Kapitalismus“ verkaufen. Da ist Schluss mit lustig und Guido von der einstigen Spaßpartei reißt das Maul weit auf und zeigt die Zähne.

Auf seine alten Tage hin wird der Kapitalismus von zwei Seiten in die Zange genommen. Immer mehr Arbeiter werden durch Maschinen freigesetzt. Aber Arbeitslose schaffen keinen Profit. Es muss immer mehr Kapital in die maschinelle Fertigung gesteckt werden, um die Profitmasse zu steigern. Die Kapitalisten sehen es da als selbstverständlich an, dass



Der moderne Arbeiter dagegen, statt sich mit dem Fortschritt der Industrie zu heben, sinkt immer tiefer unter die Bedingungen seiner Klasse herab. Der Arbeiter wird zum Armen...

Es tritt damit offen hervor, dass die Bourgeoisie unfähig ist, noch länger die herrschende Klasse der Gesellschaft zu bleiben... Sie ist unfähig zu herrschen, weil sie unfähig ist, ihrem Sklaven die Existenz selbst innerhalb seiner Sklaverei zu sichern, weil sie gezwungen ist, ihn in eine Lage herabsinken zu lassen, wo sie ihn ernähren muss, statt von ihm ernährt zu werden.

Karl Marx/Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei, 1848. MEW Band 4, Seite 473



der Staat ihnen mit Subventionen unter die Arme greift, sozusagen Sozialhilfe für die Profitraten. Der Staat der Kapitalisten tut das auch, inzwischen mit noch nie da gewesenen Rettungsschirmen für Notleidende Banker und Industrielle. Das ist das eine. Zum anderen kommt die „Lagerhaltung“ der Arbeitslosen teuer. Das kapitalistische Wirtschaftssystem erzeugt diese zwar, wälzt aber selbstverständlich die Kosten auf den Staat ab, also auf die noch in Lohn stehenden Arbeitenden, auf die Zahler von Lohn- und Mehrwertsteuer. So wächst die Staatsverschuldung ins Gigantische. Die kommunalen Kassen sind leer und da sollen sich die Menschen eben mit höheren Steuern, maroden Schulen, noch teureren Bus-Fahrkarten und geschlossenen Bädern abfinden.

Der gesellschaftliche Reichtum wird von den Herrschenden benötigt, um den überlebten Kapitalismus mehr schlecht als recht am Leben zu erhalten. Da bleibt für die nicht profitträchtigen gesellschaftlichen Bedürfnisse der Menschen nichts mehr übrig. Für die Arbeitenden gilt es mit der Illusion Schluss zu machen, dass es den Krauses gut geht, wenn es nur Krupp gut geht.

Klaus Mewes

Je größer der gesellschaftliche Reichtum, das funktionierende Kapital, Umfang und Energie seines Wachstums, also auch die absolute Größe des Proletariats und die Produktivkraft seiner Arbeit, desto größer die industrielle Reservearmee... Je größer aber diese Reservearmee im Verhältnis zur aktiven Arbeiterarmee, desto massenhafter die konsolidierte Übervölkerung, deren Elend im umgekehrten Verhältnis zu ihrer Arbeitsqual steht. Je größer endlich die Lazarusschicht der Arbeiterklasse und die industrielle Reservearmee, desto größer die offizielle Armut. Dies ist das absolute, allgemeine Gesetz der kapitalistischen Akkumulation (Kapitalanhäufung). Es wird gleich allen anderen Gesetzen in seiner Verwirklichung durch mannigfache Umstände modifiziert...

Karl Marx: Das Kapital. Erster Band. MEW Band 23, Seite 673/674



Antifaschistische Stadtführung in Gießen

Auf Initiative des DGB Mittelhessen wurde ein Reader zur Geschichte Gießens während des Faschismus überarbeitet und neu aufgelegt. Außerdem sollen ab dem Frühjahr wieder antifaschistische Stadtführungen in Gießen angeboten werden. Der Reader besteht aus drei Kapiteln. Im ersten Kapitel werden die historischen und politischen Rahmenbedingungen beschrieben, die die politische Machtübertragung an die NSDAP durch maßgebliche Teile des Kapitals ermöglichten. Hier wird auf die Niederschlagung revolutionärer Bewegungen von der Novemberrevolution bis zum Hamburger Aufstand 1923, den anschließenden Demokratie- und Sozialabbau noch während der Weimarer Republik, die Zerschlagung der politischen Opposition durch die Faschisten ab 1933 und der folgenden Holocaust und Vernichtungskrieg in Osteuropa eingegangen. Im zweiten Kapitel werden die lokalen Ereignisse, die Täter, die Opfer aber auch der Widerstand mit konkreten Orten in Gießen in Verbindung gebracht. Im

dritten Kapitel wird auf die Entwicklung der neonazistischen Szene in Mittelhessen in den letzten 20 Jahren eingegangen.

Die antifaschistischen Stadtführungen sollen im Frühjahr beginnen. Es werden 21 Stationen in der Gießener Kernstadt besucht. Außerdem gibt es die Möglichkeit, fünf weitere Stationen faschistischer Terrorherrschaft in Gießen zu besuchen. Die Führungen werden von inhaltlich und methodisch ausgebildeten Guides geleitet. Der Ablauf und die inhaltliche Konzeption können an die Altersstruktur der Teilnehmer/innen angepasst werden. Gruppenführungen können über das DGB-Jugendbüro Mittelhessen, Walltorstraße 17 in Gießen, Tel: 0641-932780 oder giessen@dgb angefragt werden.

Ulf Immelt



Probexemplar bzw. 10 Wochen gratis-Abo (endet automatisch):

UZ-Unsere Zeit, Hoffnungstr. 18, 45127 Essen, tel 0201-2486482, E-mail: UZabo@t-online.de www.unsere-zeit.de



BRD beschnüffelte millionenfach Post von drüben

Akten-Einsicht verweigert

Dass Akten der DDR heutzutage offen liegen, dürfte bekannt sein. Dass die Akten-Nutzung nicht immer edlen Motiven entspricht, hat sich in der Vergangenheit oft gezeigt. Statt Aufarbeitung gilt oftmals Verteufelung. Dabei könnte die Sache doch so einfach sein. Man müsste bloß die Akten beider deutscher Staaten offen legen. Gewisse gesetzliche Grundlagen gibt es auch im Westen. Das Bundesarchivgesetz schreibt die Freigabe nach dreißig Jahren fest.

Doch Bundesministerien blockieren die Aufarbeitung der Geschichte. Die fünfziger und sechziger Jahre haben es in sich. Millionen aufschlussrei-

cher Dokumente gelten bis heute als geheim.

Deren Freigabe wird häufig verschleppt – etwa wenn es um die Verfolgung von Kommunisten in Westdeutschland geht...

Millionenfache Post-Vernichtung
Ähnlich verhält es sich mit der Post-Überwachung. Post-Überwachung ist in der Bundesrepublik Deutschland eigentlich grundgesetzwidrig. Eigentlich...

Historiker wissen, dass von – unseren – staatlichen Institutionen (Zoll, Post, Polizei) der Postverkehr von Ost nach West systematisch überwacht wurde. Was nicht kontrollierbar war, das wurde vernichtet, allein zwi-

schen 1955 und 1968 Schätzungsweise 100 Millionen Poststücke.

Beides ging aus einer sehr aufschlussreichen Fernsehsendung (frontal21, 10. 11. 2009) hervor. Das Sendemanuskript liegt uns vor.

(leicht gekürzt aus „Unser Weg“, Zeitung der DKP Reinheim, Februar 2010)

*Im freien Rechtsstaat
BRD
werden ALLE
ausgespäht,
im Gegensatz
zur DDR,
wo n u r die Verdächtigen
überwacht wurden.
(D. Eckhardt 2009)*

aus RotFuchs 2/2010

DKP Gießen solidarisch mit den kämpfenden Arbeitern des TEKEL Konzerns in der Türkei

Seit dem 15.12.2009 kämpft Ihr gegen den Versuch der türkischen Bourgeoisie und ihrer Regierung, Euch Eure erkämpften Rechte zu rauben. Damit aber nicht genug: Ihr sollt zu rechtlosen Arbeitssklaven in den Händen privater Unternehmer degradiert werden. Faktisch keine Krankheitsstage, keine Gewerkschaftsmitgliedschaft, Arbeit ohne Bezahlung und keine freien Sonntage.

Nach der historischen Niederlage der arbeitenden Menschen, die durch den Zusammenbruch der europäischen sozialistischen Länder gekennzeichnet war, begann die Privatisierung staatlichen Eigentums in den 90er Jahren des 20. Jahrhunderts zentraler Punkt bürgerlicher Politik zu werden. Der ideologische Kampfbegriff hierfür ist „Neoliberalismus“... Wir versichern Euch unserer uneingeschränkten Solidarität und werden uns in Deutschland dafür einsetzen, dass Euer Kampf auch hier die notwendige Aufmerksamkeit findet.

Hoch die internationale Solidarität!
Proletarier aller Länder vereinigt euch!
DKP Gießen

(Der volle Text ist bei dkp-giessen.de unter Pressemitteilungen zu lesen)

Leserbriefe

Schmarotzer Westerwelle

Gerade nach Westerwelles diskriminierenden Ausfällen über Hartz IV-Empfänger ist es notwendiger denn je, dass alle Gedemütigten, Ausgebeuteten und Beiseitegeschobenen in „unserer“ Gesellschaft, wie Erwerbslose, Niedriglohnempfänger und Rentner zusammenhalten und sich nicht auseinander dividieren lassen. Die wahren Schmarotzer sind Westerwelle, seine Regierungsfreunde und die von ihnen bediente Klientel. Westerwelle reagiert aus Panik vor den sinkenden Umfragewerten der FDP. Die gesamte Regierungsmannschaft wirkt wie ein Wespenhaufen. Uwe Bossart

Mathematik ist schwer

Da wird eine Diskussion entfacht um 100 Millionen Euro Steuerhinterziehung, die auf Schweizer Banken liegen. Man hat hierzulande den realen Blick zum Gelde hin vollkommen verloren! Milliarden, sprich: Tausende von Millionen, könnten an Steuern eingenommen werden, wenn man die Vermögenssteuer wieder einführen würde und Milliardäre und Mil-



Der Aufkleber zum Unwort 2009

„Betriebsratsverseucht“ ist das Unwort des Jahres 2009. Der Graewis Verlag hat dazu den Aufkleber „Betriebsratsverseucht. Und das ist gut so!“ herausgegeben. Bestellungen ab sofort im Internet aufgegeben werden unter <http://www.br-verseucht.de>

8. März 2010: 100 Jahre Internationaler Frauentag

Der Frauentag war im August 1910 auf Initiative der Kommunistin und überzeugten Frauenrechtlerin Clara Zetkin von der „Internationalen Sozialistischen Frauenkonferenz“ beschlossen worden, an der über 100 Frauen aus 17 Ländern teilnahmen. - Während früher am Frauentag nicht nur für die Interessen des weiblichen Geschlechts und gegen dessen mehrfache Unterdrückung und Ausbeutung gestritten wurde, sondern gleichsam auch der Kampf gegen Krieg und Imperialismus thematisiert wurde, spielt letzteres nur noch vereinzelt eine Rolle. Der DGB beispielsweise bringt zum diesjährigen Internationalen Frauentag im Jahr der von der früheren „rot-grünen“ Bundesregierung verbrochenen „Agenda 2010“ einzig das nichtssagende Motto „Kurs halten! Gleichstellung“ hervor... Während der Kampf für die Rechte der Frauen heutzutage auch von Kriegstrei-

bern aller Couleur genutzt wird, um die völkerrechtswidrigen Kriege gegen den Irak und Afghanistan zu rechtfertigen und einen neuen gegen den Iran vorzubereiten, stellt sich die DKP entschlossen gegen diese Entwicklung. Im Andenken an Clara Zetkin und Rosa Luxemburg fordern wir die volle Gleichberechtigung der Frauen weltweit. Da Bomben keinen Frieden, sondern einzig noch mehr Haß und Gewalt mit sich bringen, dürfen individuelle Rechte niemals als Kriegsgrund akzeptiert werden.

Wir fordern daher die politisch Verantwortlichen auf, sich endlich um die Gleichberechtigung von Frauen in Deutschland verdient zu machen, die Benachteiligung von Frauen am Arbeitsplatz einzustellen und gleichen Lohn für gleiche Arbeit zu garantieren.

(gekürzt aus: Berliner Anstoß, Zeitung der DKP Berlin)

lionäre vom Finanzamt zur Abgabe von gesetzlichen Steuern herangeführt würden. Diese Millionäre werden in unserem Lande damit nicht belästigt! 100 Millionen Euro sind im Gegensatz zu 480.000 Millionen (480 Milliarden) für Banken PEANUTS. Euer Klaus

Die Grünen - wohlfeil

Im Mai sind in NRW Landtagswahlen. Am 6./7. Februar beschlossen "Die Grünen", sich fast alle Koalitionsoptionen offen zu halten, egal auf welcher Ebene sie bereits mit ihnen Hartz IV, weiteren Sozialabbau, Krieg (insbesondere Jugoslawien) und andere Schweinereien beschlossen und durchsetzten. Sie scheinen auf das Kurzzeitgedächtnis der deutschen Bevölkerung zu setzen und nach einem möglichen Sieg die inhumane Politik in einer wie auch gearteten Koalition weiter machen zu wollen. Wir brauchen einen Politikwandel und kein "weiter so" mit neuen und auch alten Namen. "Die Grünen" sind wie die Musik; sie ist eine Hure, die mit (fast) jedem geht." (Bloch)

Uwe Moldenhauer



Redaktionsschluß für das April-Echo: 18.03.10

Gießener Echo

Hrsg: DKP Kreisvorstand Gießen; verantw.: Erika Beltz, Erscheinungsweise: monatlich. Bezugsgebühren: 15 € im Jahr (inkl. Versandkosten), erm. 10 € Kto.Nr: 193070 bei Sparkasse Gießen, BLZ 51350025. Druck: Druckkollaktiv Bestellungen, Leserbriefe, Anfragen an: Gießener Echo, Postfach 110226, 35347 Gießen, Telefon/Fax 0641/2503430. E-Mail: dkp@dkp-giessen.de. Im Internet: <http://www.dkp-giessen.de>

Sub Terra Konzert

Samstag, 13. März, 20 Uhr,
im Giramondi, Bahnhofstr. 53
mit Vorstellung der neuen CD.
Eintritt: 3,50 E / 4.- E



Dr. Matin Baraki

kommt nach seiner Afghanistan-Reise auf Einladung der Gießener Friedensinitiative wieder nach Gießen am Dienstag, 13. April, 19.30 Uhr, Kongresshalle, Kerkrade-Zimmer, Thema **Wie weiter mit Afghanistan?**

Die nächste
**öffentliche DKP-
Mitgliederversammlung**
ist am Donnerstag, 11. März, um
19.30 Uhr im Winchester-Zimmer
der Kongreßhalle

Jeden Montag,
18 bis 19 Uhr
bei den 3 Schwätzern:
**Protest gegen
Hartz IV**

am 30. April kommt
Dietrich Kittner
nach Gießen zur gewerkschaftlichen
Vor-Mai-Feier

Der Papst weint Krokodilstränen

Das Ausmaß des sexuellen Mißbrauchs an Kindern durch Würdenträger der katholischen Kirche ist kaum faßbar, nicht nur in Deutschland. Papst, Kirche und Bischöfe entschuldigen sich – davon, daß die Schuldigen zur Rechenschaft gezogen werden (viele Taten sind verjährt) oder von Wiedergutmachung für die Hunderten von Opfern, hört man nichts.

Wie konnte es dazu kommen?

Abgesehen von dem ganzen Anachronismus des sexual- und frauenfeindlichen Zölibats, der ein Auslöser für Mißbrauch ist, gibt es handfeste Dekrete zum Vertuschen solcher Verbrechen, die laut Strafgesetzbuch mit Freiheitsstrafen bis zu 5 Jahren geahndet werden.

Prof. Uta Ranke-Heinemann (kath. Theologie) hat am 22.2.10 in dem Artikel „Der Papst weint Krokodilstränen“ in der „jungen Welt“ aufgedeckt, daß Joseph Ratzinger, derzeit Heiliger Vater in Rom, 2001 als damaliger Präfekt der Glaubenskongregation ein Geheim-Schreiben an alle Bischöfe verfaßte. „Darin wird die „ausschließliche Kompetenz des Vatikans“, was Pädophiliefälle anbelangt, betont und werden sämtliche Bischöfe unter Strafe der Exkommunikation aufgefordert, solche Fälle ausschließlich und nur an den Vatikan zu melden. Das führt zu einer totalen Justizbehinderung für die staatlichen Gerichte, zu einer ständigen Versetzung der pädophilen Priester, die über Jahrzehnte hinweg an jedem Ort, an den sie von ihrem Bischof – nach einer so-

Gerade in diesen Fällen läßt sich die tiefe moralische Überlegenheit zölibatären Lebens feststellen; lebte die ganze Welt nach diesen priesterlichen Regeln, dann hätte es erst gar keine Kinder zum Mißbrauch gegeben.



nannten »Therapie« – versetzt wurden, ihr Unwesen weitertreiben und immer weitertreiben werden. Und genau diese Geheimschreiben hatten die irischen Bischöfe ja auch befolgt.“

Im gleichen Artikel zitiert sie den Neuen Weltkatechismus von 1992, in dem der Papst (Johannes Paul II) feststellt: *es sei besser die eigenen Töchter zur Vergewaltigung preiszugeben, als homosexuelle Akte zuzulassen.* Wenn Justizministerin Leutheusser-Schnarrenberger beklagt: Die katholische Kirche erwecke bislang nicht den Eindruck, daß sie mit den Strafverfolgungsbehörden konstruktiv zusammenarbeiten wollte, so ist das äußerst moderat.

Daß sie die Dreistigkeit des deutschen Oberkatholiken Zollitsch nach einer sofortigen (binnen 24 Stunden) Entschuldigung zurückwies, macht sie fast sympathisch (auch wenn sie in der FDP ist). E.B.

Demo am 20.3. in Essen

**Wir zahlen nicht für Eure Krise!
Zwingen wir die Profiteure zur Kasse!**

Die Krise des Kapitalismus ist nicht vorbei... Wir sind nicht für diese Krise verantwortlich. Ganz im Gegenteil: Wir sind diejenigen, die Tag für Tag durch unsere Arbeit den Reichtum dieser Gesellschaft schaffen. Dieser Reichtum kommt aber nicht uns zugute. Wir sind diejenigen, die tagtäglich der Gefahr von Erwerbslosigkeit und Armut ausgesetzt sind. In den letzten Jahren hat die Politik immer wieder Unternehmenssteuern gesenkt und Massensteuern erhöht. Der Höhepunkt dieser Politik waren die milliarden-schweren Finanzpakete für die Banken. Wir brauchen jetzt eine genau umgekehrte Politik...

Im Laufe dieses Jahres wird uns die Krise mit voller Wucht treffen. Mittels Leiharbeit, Hartz IV und Studiengebühren sollen wir für diese Krise zahlen. Viele andere Maßnahmen kommen hinzu, andere sind geplant. So gibt es Überlegungen die Lebensmittel demnächst voll zu besteuern. Den Kommunen werden die Gelder gestrichen, Massenentlassungen, auch von Stammbeschäftigten, beginnen. Hunderttausende Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter sind bereits entlassen. Zudem treibt die Regierung den Sozialabbau immer weiter voran. Nach der „Rente mit 67“ ist die geplante Einführung der Kopfpauschale in der Krankenversicherung die Fortsetzung der Angriffe der letzten Jahre. Dagegen müssen wir einen breiten Widerstand organisieren!...

Vollständige Aufruf mit Liste der Unterzeichner: info@krisendemo-nrw.de
<http://www.krisendemo-nrw.de>